

In einer überraschenden Aktion hat die kolumbianische Justiz am 13.5.08 vierzehn Kommandanten der rechtsterroristischen Paramilitärischen Gruppe AUC an die USA ausgeliefert, von wo ein diesbezügliches Ersuchen seit Jahren vorlag.

Die Ausgelieferten befanden sich in Haft, hatten sich aber zuvor im Rahmen des „Gesetzes über Gerechtigkeit und Frieden“ als demobilisiert erklärt. Die Auslieferung erfolgte auf Anordnung von Präsident Uribe.

Die Tageszeitung „El Tiempo“ veröffentlicht dazu am 14.5.08 einen Kommentar:

Fort sind sie!

(Auszüge)

.....Man sah Mancuso, „Don Berna“, „Jorge 40“, „Gordo Lindo“ und andere Chefs der Paras in das Flugzeug der DEA (US-Drogenbekämpfungsbehörde, A.d.Ü.) einsteigen und ihre Auslieferung an die USA ist wieder einmal eine jener machtvollen, unvorhersehbaren und endgültigen Aktionen, die man von Uribe kennt.

Die Gründe, die Uribe dafür anführt, diese überraschende und drastische Maßnahme ergriffen zu haben, liegen in der Häufung von Zuwiderhandlungen der Ausgelieferten gegen die eingegangenen Verpflichtungen nach dem Gesetz über Gerechtigkeit und Frieden, dem sich die demobilisierten Kommandanten der AUC unterworfen hatten, worauf ihre Auslieferungsverfahren ausgesetzt worden waren.

Laut Regierung gab es Beweise, dass sie aus dem Gefängnis weitere Verbrechen verübten über weiter aktive Mittelsleute, sich über die Justiz bei ihren Verhören lustig machten und ihre illegal erworbenen Vermögenswerte äußerst zögernd übergaben.

Die Maßnahme weckt Zweifel an den vermuteten geheimen Abmachungen zwischen Uribe und Chefs der Paras, über die viel gesprochen wurde, als der Demobilisierungsprozess begann, aber sie setzt auch Fragezeichen hinsichtlich der zentralen Anliegen des Verfahrens „Gerechtigkeit und Frieden“, nämlich der Wahrheitsfindung und der Entschädigung der Opfer. Kein Zweifel besteht daran, dass die Maßnahme bei der Bevölkerung gut ankommt, die sich oft fragte, weshalb die Schuldigen an grausamen Verbrechen und Abschachtungen keine adäquate Strafe erhielten, sondern nach dem Gesetz in 3-4 Jahren freigekommen wären.

Auch wenn es nicht um die Verletzungen der Menschenrechte, sondern um Drogendelikte geht, deretwegen die USA die Auslieferung verlangten, ist vorhersehbar, dass die Para-Chefs zu langen Haftstrafen verurteilt werden und das in Gefängnissen, wo es ihnen unmöglich sein wird, weiter zu konspirieren, zu drohen und Straftaten zu begehen. All das verbirgt aber nicht, dass diese Massenauslieferung auch das enorme Scheitern des Friedensprozesses mit den Paras offenbart, jedenfalls was die großen Chefs anbelangt. Dabei ist noch nicht einmal das offenkundige totale Versagen der Gefängnisse angesprochen, in denen sie inhaftiert waren.

Es bleibt allerdings inkohärent, dass diejenigen, die zuvor anklagten, Uribe weise die Paras nicht aus, weil er mit ihnen Kompromisse geschlossen habe, nunmehr die

Maßnahme in Frage stellen und von einer Verschleierung der Verbindung von Politikern zu den Paras sprechen.

Aber über die Angriffe der Opposition hinaus, die Uribe stets kritisiert, ob er nun dies oder das andere tut, gibt es beunruhigende Themen in diesem Zusammenhang. Die Besorgnis der Opfer ist verständlich, die nun, da sich die Hauptverbrecher in den USA befinden, wohl nie von allen Verbrechen erfahren und ihre Entschädigungen kaum erhalten werden.

Die US-Justiz interessiert sich mehr für die Zahl der Kilos an Kokain als für Morde mit Motorsägen, Politikverstrickung und Entschädigungen.

Der Präsident und der Generalstaatsanwalt haben erklärt, sie hätten Garantien aus Washington, dass kolumbianische Staatsanwälte die Ausgelieferten in den USA eingehend verhören dürften. Vor allem dahingehend, dass diese aussagen, wer ihre wichtigsten Komplizen in allen Teilen der Gesellschaft waren, vor allem in der Politik. Sie vertrauen außerdem darauf, dass die von den Ausgelieferten an die USA übergebenen Sachwerte und Gelder an Kolumbien zur Entschädigung der Opfer zurückgegeben würden.

Aber von der Absicht bis zur Tat ist ein langer Weg. Abgesehen von den Absichten der kolumbianischen Regierung und ihren Abmachungen mit der US-Regierung stehen die Ausgelieferten nun vor Richtern, die laut Verfassung unabhängig sind, denen das US-Justizministerium noch nicht einmal „Vorschläge“ machen darf. Und man darf nicht vergessen, dass die Rechtskooperation zwischen den USA und Kolumbien langsam, kompliziert und manchmal sogar undurchführbar ist.

Um dabei zu bleiben: Im Fall von Chiquita Brands(US-Bananenkonzern, A.d.Ü.) sollte dieser Konzern laut einer vor einem Jahr getroffenen Vereinbarung mit dem US-Justizministerium ein Strafgeld von 25 Mio US \$ zahlen, weil er die Paras mit 1,7 Mio US \$ finanziert hatte..... Von den 25 Millionen haben die Opfer bisher keinen Dollar gesehen.

Nur wenn die kolumbianischen Behörden ihre Arbeit machen, um die Zahlungen in Gang zu bringen und nur wenn auch die Erben der Para-Chefs verfolgt werden, wird man sagen können, dass die Auslieferung der Paras, die ein grundsätzlich richtiger Schritt ist, die Ergebnisse haben wird, die der enorme Schaden erfordert, den sie dem Land zugefügt haben.